



HESSISCHER LANDTAG

17. 10. 2025

Antwort

Landesregierung

Große Anfrage vom 22.04.2025**Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Marcus Resch (AfD),
Pascal Schleich (AfD), Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD) und
Bernd Erich Vohl (AfD)**

Der Koalitionsvertrag und die Auswirkungen auf Hessische Bürger

Drucksache 21/2143

Vorbemerkung Fragesteller:

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2025 bis 2029 enthält zahlreiche Maßnahmen, die laut politischer Kommunikation zu finanziellen Entlastungen für breite Teile der Bevölkerung führen sollen. Diese umfassen etwa die Senkung der Stromsteuer, eine höhere Pendlerpauschale, die steuerliche Entlastung von Überstunden sowie Versprechen zur Stabilität der Sozialabgaben. Tatsächlich jedoch zeigen unabhängige Analysen, dass viele dieser Maßnahmen entweder unter Finanzierungsvorbehalt stehen, in ihrer Wirkung durch andere Kostenentwicklungen neutralisiert oder gar überkompensiert werden – etwa durch höhere Sozialabgaben, steigende Energiepreise infolge der CO-Bepreisung oder den Wegfall des angekündigten Klimageldes. Insbesondere einkommensschwache Haushalte und Teile der arbeitenden Mittelschicht werden durch die realen Auswirkungen dieser Politik finanziell zusätzlich belastet. Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Wirkung begründet aus Sicht der Fragesteller den Verdacht einer gezielten politischen Täuschung über die Nettoeffekte dieser Bundespolitik auf Bürgerinnen und Bürger.

Vorbemerkung Minister der Finanzen:

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht im Zeichen der zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre. Vor allem die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben in den vergangenen Jahren unzweifelhaft zu einer erheblichen Belastung der privaten Haushalte sowie der Unternehmen in Deutschland geführt. Sie stellen Deutschland auch weiterhin vor große wirtschafts- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Die Hessische Landesregierung begrüßt daher den vorliegenden Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien. Darin wird eine klare inhaltliche Ausrichtung deutlich, die auf die umfassende Modernisierung und Stärkung Deutschlands abzielt und eine klare Antwort auf die russische Aggression gibt.

Der Koalitionsvertrag legt einen besonderen Fokus auf eine nachhaltige und durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Die Rückkehr auf einen dauerhaft höheren volkswirtschaftlichen Wachstumspfad ist eine zentrale Voraussetzung dafür, um über einen Anstieg der Beschäftigung und der Einkommen die negativen Auswirkungen der Krisen der vergangenen Jahre schrittweise zu kompensieren und den derzeit zu beobachtenden Belastungen für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme wirksam zu begegnen. Die Hessische Landesregierung unterstützt ausdrücklich diese Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes, die in einer Vielzahl von Punkten mit den Zielsetzungen der hessischen Landespolitik übereinstimmt.

Anders als von den Fragestellern im Rahmen der Vorbemerkung unterstellt, lassen sich die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der im Koalitionsvertrag angelegten Maßnahmen in ihrer Gesamtheit aus Sicht der Landesregierung nicht valide beurteilen, da ihre Entlastungswirkungen – sofern sie bereits hinreichend konkret beziffert werden können – nicht zuletzt von exogen verursachten Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen überlagert werden können.

Im Übrigen teilt die Landesregierung nicht die Kritik der Fragesteller daran, dass die Maßnahmen des Koalitionsvertrags unter einem grundsätzlichen Finanzierungsvorbehalt stehen. Sie sieht hierin vielmehr den Ausdruck einer verantwortungsbewussten und realitätsgerechten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die immer wieder vor der Herausforderung steht, im Rahmen eines inhaltlichen Abwägungsprozesses die bestehenden politischen Ziele mit den jeweils verfügbaren finanziellen Mitteln in Einklang zu bringen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Große Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat und der Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales im Namen der Landesregierung wie folgt:

Frage 1 Wie bewertet die Hessische Landesregierung die im Koalitionsvertrag 2025 bis 2029 beschlossenen Maßnahmen im Hinblick auf ihre tatsächlichen Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen von Bürgerinnen und Bürgern in Hessen?

Die Landesregierung begrüßt die klare Zielsetzung des Koalitionsvertrages, durch Struktur-reformen, die Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen sowie eine umfassende Investitionsoffensive die Wachstumskräfte in Deutschland substantiell zu stärken. Von einer wirtschaftlichen Erholung dürften die hessische Wirtschaft sowie die Hessinnen und Hessen auf Grund der Stärke des Wirtschaftsstandorts in besonderer Weise profitieren.

Frage 2 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Mehrbelastungen durch steigende Sozialversicherungsbeiträge, CO₂-Bepreisung, Inflation und den Wegfall des Klimageldes vor?

Die insbesondere durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste starke Verteuerung der Energiepreise sowie der damit einhergehende massive Anstieg der Teuerungsrate haben die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erheblich belastet. Während sich die Inflationsrate zwischenzeitlich wieder dem Zweiprozent-Ziel der Europäischen Zentralbank annähert, liegen die Energiepreise noch immer deutlich über dem Vorkriegsniveau. Die Landesregierung begrüßt es daher, dass auch die neue Bundesregierung Maßnahmen ergreift, um die Belastungen für Unternehmen und private Haushalte abzumildern.

Die Frage nach den zukünftigen Mehrbelastungen durch CO₂-Bepreisung und den Wegfall des Klimageldes lässt sich gegenwärtig nicht seriös beantworten. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht lediglich vor, dass die dem Staat zufließenden Einnahmen aus dem CO₂-Handel an die Haushalte und Unternehmen zurückgegeben werden. In welcher Form dies erfolgt, ist bislang noch nicht geklärt. Da das ursprünglich durch die alte Bundesregierung geplante Klimageld nicht eingeführt wurde, kann zu den Be- oder Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger keine Aussage getroffen werden.

Frage 3 Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass die angekündigten Entlastungsmaßnahmen in der Breite nicht ausreichen, um reale Kostensteigerungen im Alltag auszugleichen? Bitte begründen.

Aus Sicht der Landesregierung würde der Versuch, alle realen Kostensteigerungen im Alltag durch staatliche Entlastungsmaßnahmen zu kompensieren, die öffentlichen Haushalte weit überfordern. Vielmehr besteht die Aufgabe der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor allem darin, durch die Setzung geeigneter Rahmenbedingungen die Grundlage für eine stabile und aufwärtsgerichtete wirtschaftliche Entwicklung mit neuem Wachstum, steigenden Löhnen und Gehältern sowie stabilen Preisen zu legen.

Frage 4 Wie bewertet die Landesregierung die These, dass diese Politik insbesondere die unteren und mittleren Einkommensgruppen in Hessen benachteiligt? Bitte begründen.

Die Landesregierung kann die in der Frage formulierte pauschale These mangels fundierter Argumentation nicht kommentieren.

Frage 5 Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um transparente Informationen über die realen Nettoeffekte dieser Maßnahmen an Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu vermitteln?

Die Kommunikation der von ihr initiierten Politik obliegt der Bundesregierung.

- Frage 6 Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, öffentlich gegen irreführende oder einseitig positive Darstellungen der Entlastungswirkungen durch Bundesmaßnahmen vorzugehen?
Bitte begründen.
- Frage 7 Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Hessische Bevölkerung vor Fehlinformationen oder politischen Täuschungen im Zusammenhang mit der finanziellen Belastung durch die Bundespolitik zu schützen?
- Frage 12 Welche politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen sieht die Landesregierung, wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung den Eindruck gewinnt, durch Politik nicht nur finanziell belastet, sondern auch kommunikativ irreführt zu werden?

Die Fragen 6, 7 und 12 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die Landesregierung macht sich die Auffassung der Fragesteller nicht zu eigen und weist diese Vorwürfe entschieden zurück.

- Frage 8 Plant die Landesregierung eigene Ausgleichsmaßnahmen (zum Beispiel Landeszuschüsse, Steuererleichterungen oder direkte Transferleistungen), um die vom Bund verursachten Mehrkosten auf Landesebene abzufangen?
Bitte begründen.

Die Landesregierung verfolgt seit jeher eine vorausschauende und verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden sämtliche Einnahmen- und Ausgabenpositionen sorgfältig betrachtet und abgewogen. Dabei werden auch mögliche finanzielle Auswirkungen, die sich aus bundespolitischen Vorgaben ergeben, berücksichtigt.

- Frage 9 Wie positioniert sich die Hessische Landesregierung in der Bund-Länder-Finanzverhandlung zu Themen wie Sozialabgaben, Rentenversicherung und CO₂-bedingten Belastungen?

Die Landesregierung befindet sich in ständigem Dialog mit der Bundesregierung und den anderen Ländern. In Bezug auf die genannten Themen vertritt die Landesregierung die Interessen Hessens durch konstruktive und lösungsorientierte Mitarbeit in den Verhandlungsgremien. Sie unterstützt hierbei alle Ansätze, die zu einer substantiellen Stärkung der Wachstumskräfte in Deutschland beitragen.

- Frage 10 Welche hessischen Initiativen wurden oder werden ergriffen, um den Mittelstand sowie sozial schwächere Haushalte gezielt vor zusätzlichen Belastungen zu schützen?

Der Schutz des Mittelstands und sozial schwächerer Haushalte vor zusätzlichen Belastungen ist ein Kernanliegen der Landesregierung. Dabei beschränkt sich das politische Handeln nicht auf einzelne Maßnahmen, sondern bestimmt das gesamte politische Handeln. Die Landesregierung hat bereits eine Vielzahl von Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Soziales und Bildung ergriffen.

- Frage 11 Sieht die Landesregierung in der aktuellen Kommunikation über die Entlastungswirkung der Bundespolitik eine Form von Täuschung der Bürgerinnen und Bürger?
Bitte begründen.

Nein.

- Frage 13 Welche Rolle sieht die Hessische Landesregierung für sich selbst, um verlorenes Vertrauen in politische Kommunikation und wirtschaftliche Gerechtigkeit wiederherzustellen?

Die Landesregierung ist eine für alle. Sie macht Realpolitik, die die Mehrheit stärkt und Minderheiten schützt. Sie kommuniziert dazu transparent und bürgernah. Die Landesregierung grenzt sich damit klar von extremen Positionen im politischen Spektrum ab, die das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen untergraben.

Wiesbaden, 10. Oktober 2025

Prof. Dr. R. Alexander Lorz